



Protokoll

**12. und 13. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 29. Juni 2015, 18:05 Uhr bis 20:10 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen

- 2 Protokollabnahme

- 3 Antrag 33/2015 der Geschäftsleitung des Gemeinderates zur Einzelinitiative von Thomas Eschler: Friedenslinde zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges

- 4 Interpellation 530/2015 von Patricio Frei (Grüne) und Thomas Wüthrich (Grüne): Umsetzung des Energieplans

- 5 Antrag 26/2015 der Sekundarstufe Uster: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014

- 6 Antrag 22/2015 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2014 der Stadt Uster
Antrag 24/2015 des Stadtrates: Jahresrechnung 2014 der Stadt Uster

Präsenz

Vorsitz	Thomas Wüthrich, Präsident sowie Hans Keel, 1. Vizepräsident bei TOP 6.2 und 6.3. (nur GF Steuerung und Führung)
Protokoll	Daniel Reuter, Parlamentssekretär
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Werner Egli, Stadtpräsident Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarstufe Uster	Thomas Pedrazzoli, Präsident der Sekundarschulpflege, von TOP 1 bis TOP 5 Alessandro Virgelli, Ressortdelegierter Finanzen der Sekundarschulpflege, von TOP 1 bis TOP 5
Verwaltung	Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen
Entschuldigt	Paul Stopper Theo Zwald
Verspätet	Roman Ehrbar bis 18:23 Uhr sowie Walter Meier und Claudia Wyssen bis 18:17 Uhr
Ausstand:	Rolf Denzler bei Geschäft 5 (Antrag 26/2015)
Presse	Raphael Brunner und Benjamin Rothschild, AvU

Der Präsident begrüsst die Vertreter der Medien sowie die Zuschauer auf der Tribüne, insbesondere Bürgerrechtsbewerbende.

Die Einladung für die heutige Sitzung ist durch ein Versehen nicht in der heutigen Ausgabe AvU erschienen, wofür die zuständige Person des AvU um Entschuldigung bittet.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Parlamentssekretär.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Fraktionserklärungen

Für die SVP/EDU-Fraktion verliest Anita **Borer** (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Seiner Funktion bewusst sein

Wir sind hier, um zu politisieren. Es geht um die Meinungsbildung und es ist die Aufgabe des Gemeinderates, sich entsprechend zu äussern.

Jedes Jahr wählen wir unter Beachtung der Parteistärke die Geschäftsleitung und damit auch den Ratspräsidenten. In der Geschäftsordnung des Gemeinderates Uster steht, dass die Geschäftsleitung und dem voran das Ratspräsidium den Rat nach aussen vertritt. Das Ratspräsidium sorgt für die Einhaltung der Geschäftsordnung.

Die bisherigen Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten hielten sich so auch in der politischen Diskussion zurück. Nicht so der aktuelle Ratspräsident Thomas Wüthrich. Ein Beispiel aus gegebenem Anlass: die Interpellation Nr. 530/2015, welche wir heute behandeln, wurde von Thomas Wüthrich mitunterzeichnet und nach seinem Amtsantritt eingereicht.

Dies ist für uns inakzeptabel. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass sich der Ratspräsident oder die Ratspräsidentin in seinem oder ihrem Amtsjahr aus der politischen Debatte raushält und den ganzen Rat nach aussen glaubwürdig vertritt.

Das ist auch im Kantonsrat so, und ich kann Ihnen garantieren, dass es nicht goutiert würde und einen grossen Aufruhr gäbe, wenn sich auf kantonaler Ebene ein Ratspräsident oder eine Ratspräsidentin Gegenteiliges erlauben würde.

Es gibt Gepflogenheiten im Rat, die es einzuhalten gilt und die wir hochhalten wollen. Sie sind wichtig, damit der Parlamentsbetrieb funktioniert und wir bitten auch den aktuellen Ratspräsidenten, Thomas Wüthrich, sich, im Interesse des gesamten Rates, daran zu halten.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion verliest Mary **Rauber** (EVP) folgende Fraktionserklärung:

Wie im Regio zu lesen war, freut sich Uster über den 13. Platz (von 162) in der Städterangliste einer bekannten Wirtschaftszeitung. Unsere Fraktion freut sich ebenfalls darüber. Werner Egli wird im Artikel zitiert, man habe das Ziel, die ersten Zehn zu erreichen und wisse auch schon, wie das erreicht werden könne. „Was Uster fehle, sei die grösste Chance der Stadt.“

Die Chancen sind, so wie es scheint auf Rang 91 bei ‚Soziales‘ zu finden. Trotz tiefer Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote, einem gut ausgebauten System von Unterstützungsleistungen und familienergänzender Betreuung haben wir bei ‚Soziales‘ nicht gerade geblüht im Test.

Unsere Fraktion will wissen, welche Kriterien bei diesem Test angewendet wurden und welche Schlüsse der Stadtrat aus dem „Ranking“ zieht. Zudem bitten wir den Stadtrat, die Chance zu nutzen und sich den sozialen Herausforderungen im gleichen Mass zu stellen, wie den städtebaulichen. Eine Chance würde sich zum Beispiel beim Frauenhaus bieten. So glänzt Uster mit Abwesenheit auf der Liste der Betriebsbeiträge, was doch bei der Grösse unserer Stadt erstaunt. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass sich die Stärke der Stadt am Wohl der Schwachen misst und nicht am Glanz der Gebäude und Einkaufsmeilen. Mehr Herz kann unsere Stadt vertragen, egal wie stark sich dies in einer Städterangliste oder einer Statistik widerspiegelt.

Für die Grüne-Fraktion verliest Patricio **Frei** folgende Fraktionserklärung:

Usters teuerstes Kunstwerk, die Light-Line, sang- und klanglos entsorgt!

Im Mai 2008 begann es verheissungsvoll. Gerichts- und Webernstrasse wurden zwei Wochen gesperrt, um eine Bodenbeleuchtung einzubauen. In der Mitteilung des Stadtrates heisst es euphorisch: "Die neuartige Beleuchtung wird entlang der rhombusförmigen Granitbänder, die den Platz umfassen, eingebaut. Sie ist farbig und die erzeugten Effekte verändern sich im Laufe der Zeit. Mit der neuen Beleuchtung, die durch Sponsorengelder mitfinanziert wird, soll der urbane Charakter der Gerichtsstrasse unterstrichen werden."

Nach der Einweihung mit Pauken und Trompeten veränderten sich die genannten erzeugten Effekte nur noch an einigen wenigen Tagen. Danach ward nicht mehr Licht, sondern nur noch Dunkel. Nichtsdestotrotz gehörte das unsichtbare Kunstwerk noch im selben Jahr zu den Preisträgern des "Flaneur d'or", welcher eine gelungene Gestaltung im Fussverkehr auszeichnet.

Vollmundig wird hier erklärt: "Das Herzstück der neuen Strasse ist der Knoten bei der Einmündung der Weberstrasse. Hier zeichnet ein Natursteinpolygon die Mischverkehrsfläche aus. Nachts markiert eine wechselfarbige Lichtlinie das Polygon und streicht die neue Bedeutung des Ortes heraus. Realisiert worden ist die Lichtlinie im Rahmen des städtischen Lichtkonzeptes, das anliegende Gewerbe hat sie mitfinanziert."

Für all jene, die gar nicht wissen, wovon eigentlich die Rede ist: Auf der Website der Architekten Gramazio & Kohler, Zürich, ist das Projekt offenbar noch immer eine Erfolgsgeschichte.

Angesichts dessen, dass die Light-Line ein einziges Debakel ist, ist nicht nachvollziehbar, dass dieselben Architekten noch den Auftrag für die Beleuchtung des Zellwegerparks erhielten.

Im September 2012 formulierte der AvU, was vielen Insidern klar war und viele dachten. Die Light-Line ist eine Dark-Line und wartet nur noch ihrer Entsorgung.

"Dass die Light-Line nochmals eingeschaltet wird, glaubt niemand mehr so recht."

Wie wahr! Am 8. Mai dieses Jahres war es dann endlich so weit. Die Grünen waren vor Ort als das hochgelobte, preisgekrönte Kunstwerk laut und für alle sichtbar für immer zerstört wurde.

Die Bagger und Presslufthammer waren aufgefahren, um das Objekt dieses veritablen Skandals sieben Jahre nach dessen Installation zu entfernen.

Skandalös ist, dass nicht transparent darüber informiert wurde, wie es mit der Light-Line weitergehen soll, dass offensichtlich versucht wurde, das Ausmass dieser unsäglichen Geschichte unter dem Deckel zu halten. Dabei wäre es doch interessant zu erfahren, was uns der ganze Spass wirklich gekostet hat. Handelt es sich doch wohl um die teuerste Eintagsfliege der Welt! Und wer trägt eigentlich die Verantwortung für dieses Debakel? Und wie steht es mit Schadenersatzforderungen gegenüber den Herstellern aus?

Wir Grünen meinen, dass es der Stadt Uster anstehen würde, bei solch unrühmlichen Geschichten mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

1 Mitteilungen

In der Aktenaufgabe befinden sich auch die Unterlagen zu den beiden Stimmrechtsrekursen betreffend Antrag 193/2013 (Volksinitiative Uster West) und Antrag 25/2015 (Dreifachturnhalle Buchholz).

Anita Borer, Walter Meier und Claudia Wyssen werden wegen der heutigen Sitzung des Kantonsrats verspätet teilnehmen.

Der Sitzungs- und Terminplan 2016 ist am Freitag, 12. Juni 2015 versandt worden.

Die Pausenverpflegung wurde von der biologischen Backstube „Sundaram“ geliefert.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 11. Sitzung vom 18. Mai 2015 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen, ausser dass der Name eines Ratsmitglieds richtig gestellt werden musste. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Antrag 33/2015 der Geschäftsleitung des Gemeinderates zur Einzelinitiative von Thomas Eschler: Friedenslinde zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges

Der Geschäftsleitung des Gemeinderates ist am 22. April 2015 vom Stimmberechtigten Thomas Eschler folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Hiermit erstatte ich, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung sowie der kantonalen Verfassung, als Alleinunterzeichner, folgende und bestimmte Einzelinitiative mit obenstehendem Titel und nachstehendem Wortlaut:

Die Stadt Uster pflanzt auf ihre Kosten, im Jahr 2015, eine Friedenslinde mit dazu passender und ansprechend gestalteter Tafel, zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945, zum 70-Jahr-Jubiläum, an einem geeigneten und würdigen öffentlichen Standort.

Die Begründung befindet sich im Antrag 33/2015 der Geschäftsleitung vom 18. Mai 2015.

Die Einzelinitiative bedarf zur weiteren Behandlung der vorläufigen Unterstützung von mindestens 12 Mitgliedern des Gemeinderates (§ 139 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte [GPR] in Verbindung mit § 96 Ziff. 4 und 6 Gemeindegesetz und Art. 11 Abs. 3 Gemeindeordnung [GO] sowie Art. 51 Abs. 1 Geschäftsordnung des Gemeinderates [GeschO GR]).

Eine persönliche Begründung durch den Einzelinitianten ist erst nach der allfälligen vorläufigen Unterstützung, also bei der Beratung von Bericht und Antrag des Stadtrates vorgesehen (§ 67 Abs. 2 Verordnung über die politischen Rechte [VPR] in Verbindung mit § 138b Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte [GPR]).

Für den Stadtrat referiert Stadtpräsident Werner **Egli**: *Der Initiant verlangt mit seiner Einzelinitiative das Pflanzen einer Friedenslinde aus Anlass des 70-Jahre-Jubiläums des Endes des 2. Weltkrieges samt Anbringung einer entsprechenden Gedenktafel. Nach entsprechender Prüfung empfiehlt der Stadtrat dem Gemeinderat, der Einzelinitiative die Unterstützung zu verweigern. Dies einerseits aus formellen, aber auch aus inhaltlichen Gründen.*

Zum Formellen: Gemäss Kantonsverfassung muss eine Einzelinitiative denselben Gegenstand wie eine Volksinitiative haben, d. h. einen dem Referendum unterstehenden Beschluss. Artikel 23 KV nennt dabei insbesondere die Verfassungsinitiative, die Gesetzesinitiative und Erlass, Änderung oder Aufhebung eines dem Referendum unterstehenden Kantonsratsbeschlusses. Entsprechend ist denn auch in Art. 11 unserer Gemeindeordnung festgehalten, dass eine Einzelinitiative über einen Gegenstand eingereicht werden kann, welcher dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum untersteht. Dies bedeutet zusammengefasst, dass eine Einzelinitiative einen Gegenstand zum Inhalt haben muss, welcher in der Zuständigkeit des Gemeinderates liegt oder u. U. zu einem späteren Zeitpunkt sogar der Urnenabstimmung zu unterbreiten ist. Es dürfte Ihnen nun allen klar sein, dass das Pflanzen einer Friedenslinde aufgrund der Kompetenzregelung in unserer Gemeindeordnung nicht in der Zuständigkeit des Gemeinderates liegt. Es handelt sich hier um eine klare Exekutivzuständigkeit. Der Parlamentsdienst hat denn auch nach Eingang der Einzelinitiative versucht, dies dem Initianten zu kommunizieren. Inhalt der vorliegenden Einzelinitiative ist somit ein nicht initiativfähiger Gegenstand, was die Initiative ungültig macht.

Inhaltlich: Hinter dem Brauch, eine Friedenslinde zu pflanzen, steht der Gedanke, an ein Kriegsende zu erinnern. Dies geschah oft in Ortschaften, welche Kriegsoffer zu beklagen hatten. Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, dessen gefallene Ustermer Soldaten auf einer Gedenktafel bei der Reformierten Kirche verewigt wurden, sind von Uster keine Kriegsoffer aus dem Zweiten Weltkrieg bekannt. Für das Pflanzen einer Friedenslinde zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges fehlt es in Uster somit an einer direkten Betroffenheit. Auch inhaltlich hat die Initiative somit keinen Bestand.

Der Gemeinderat kann einer Einzelinitiative schon bei der Überweisungsdebatte die Unterstützung verweigern, wenn diese offensichtlich ungültig ist. Dies ist, wie ausgeführt der Fall. Deshalb, aber auch aus inhaltlichen Gründen beantragt Ihnen der Stadtrat, der vorliegenden Einzelinitiative die Unterstützung zu verweigern.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Dass Uster mit einer Friedenslinde an das Ende des Zweiten Weltkriegs gedenken soll, finden wir Grünen – nicht nur mit unserer Mehrheit an Historikern in unseren Reihen – zwar sehr begrüßenswert. Aber es fragt sich – wenn Sie mir dieses Gleichnis erlauben – ob da nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Sollen am Ende tatsächlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne entscheiden, ob ein Baum gepflanzt werden soll? Es wäre einiges günstiger, der Initiant würde eine Linde kaufen und sie der Stadt Uster schenken. Das würde kaum mehr als 300 bis 400 Franken kosten und die Stadt Uster würde sicherlich ein geeignetes Plätzchen für eine Linde finden. Deshalb werden wir Grünen das Anliegen nicht unterstützen.*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Die Einzelinitiative erhält keine Stimme und hat damit das Quorum von 12 Stimmen nicht erreicht. Das Geschäft ist erledigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und an Thomas Eschler, Seestrasse 2, 8610 Uster.**

4 Interpellation 530/2015 von Patricio Frei (Grüne) und Thomas Wüthrich (Grüne): Umsetzung des Energieplans

Patricio **Frei** (Grüne) begründet die Interpellation (vom 21. Mai 2015): *In einer Wohnsiedlung beim Pflegezentrum Dietenrain muss die gemeinsame Heizanlage ersetzt werden. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der 200 Wohnungen diskutieren dabei auch die Möglichkeit einer Gasheizung. Doch gemäss Energieplan ist der Dietenrain ein Prioritätsgebiet. Das heisst: Hier soll dereinst die Wärme von einer Holzheizung kommen. Konkret: Bei einer Sanierung der Heizung des Pflegezentrums wird die neue Holzfeuerung so geplant, dass sie auch die Wohnungen der erwähnten Siedlung mit Wärme versorgen kann. Der Energieplan legt zudem fest, dass der Stadtrat Grundeigentümerinnen und -eigentümer verpflichten kann, sich einem Wärmeverbund anzuschliessen.*

Mit der Interpellation wollen wir Grünen wissen, wie er die Vorgaben des Energieplans in der Realität umsetzt: Seit wann sind die Prioritätsgebiete verbindliche Planungsgrundlagen? Ab wann können Anschlussverfügungen erlassen werden? Wann wird beim Pflegezentrum Dietenrain die Heizung saniert? Und ob mit der Energie Uster AG Vereinbarungen bestehen, welche Energieträger beispielsweise in Prioritätsgebieten angeboten werden dürfen?

Damit wir vom Stadtrat auf diese Fragen Antworten erhalten, bitten wir Grünen Sie, diese Interpellation zu unterstützen. Zur Erinnerung: Uster ist Energiestadt und Uster ist gemäss dem Nachhaltigkeitsartikel in der Gemeindeordnung verpflichtet, den CO₂-Ausstoss kontinuierlich zu reduzieren.

Über die Begründung findet keine Diskussion statt (Art. 47a Abs. 1 GeschO GR).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

Die Interpellation erhält 16 Stimmen und hat damit das Quorum von 12 Stimmen erreicht.

Der Ratspräsident ersucht den Stadtrat um Stellungnahme, ob er sofort mündlich oder nach drei Monaten seit der Begründung schriftlich die verlangte Auskunft geben oder unter Angabe der Gründe eine Antwort zur Zeit oder überhaupt ausschliesst (Art. 47 a Abs. 2 GeschO GR).

Für den Stadtrat erklärt Stadtrat Thomas **Kübler**, Abteilungsvorsteher Bau, dass die Interpellation sofort mündlich beantwortet wird:

Frage 1: Seit wann sind die festgelegten Prioritätsgebiete verbindliche Planungsgrundlagen in Sachen Wärmeversorgung?

Antwort: Mit Stadtratsbeschluss vom 23. Oktober 2012 und Genehmigung der Baudirektion vom 21. März 2013 wurde die aktuelle kommunale Energieplanung und somit die Prioritätsgebiete festgelegt und dadurch als behördenverbindliche Planungsgrundlage bezeichnet.

Frage 2: Können in den Prioritätsgebieten bereits Anschlussverfügungen erlassen werden? Wenn nein, ab wann wird dies möglich sein?

Antwort: Ab der Festlegung der Prioritätsgebiete wurden alle eingehenden Baugesuche auf die Eignung für einen eventuellen Anschluss an einen Nahwärmeverbund geprüft. Falls die Eignung bejaht wird, werden die Bauherrschaften über diese Ausgangslage orientiert und sie werden aufgefordert, vor Baubeginn der Stadt Uster unter Berücksichtigung der rechtlichen Situation einen Bericht über die vorgesehene Wärmeversorgung einzureichen und von dieser genehmigen zu lassen. Als Ansprechpartner für einen Nahwärmeverbund werden die Energie Uster AG und für das Einzugsgebiet der Abwärmenutzung aus dem gereinigten Abwasser die EKZ aufgeführt.

Frage 3: Wann steht im Pflegezentrum Dietenrain die Sanierung der Heizzentrale an?

Antwort: Die Heizzentrale des Pflegezentrums Dietenrain (Holzschnitzel kombiniert mit Gas) ist 12 Jahre alt. Eine Gesamtsanierung dürfte voraussichtlich noch in weiter Ferne liegen, da Holzheizungen deutlich längere Laufzeiten besitzen als andere Feuerungsanlagen. Teilsanierungen (Nachrüstung Abgasfilter, etc.) sind im Zusammenhang mit der Durchsetzung von gesetzlichen Luftreinhalte-massnahmen jedoch in absehbarer Zeit zu erwarten.

Gemäss aktueller Energieplanung ist erst zum Zeitpunkt einer (Gesamt-)Sanierung die Erstellung einer zentralen Holzsnitzelfeuerungsanlage für das ganze Prioritätsgebiet P9 zu prüfen. Die gegenwärtig installierte Heizleistung deckt lediglich den Eigenbedarf des Pflegezentrums ab. Für die zentrale Wärmeversorgung des gesamten Prioritätsgebiets ist mit Gewissheit von einem grossmassstäblichen Ausbau der Heizanlage auszugehen, welcher dementsprechend eine sehr hohe Investition bedingen würde.

Der Anschluss einer von den Interpellanten erwähnten Überbauung mit 200 Wohnungen an einen Holzfeuerungs-basierten Nahwärmeverbund ist somit aus den dargelegten Gründen zum heutigen Zeitpunkt rechtlich nicht durchsetzbar. Die Energie Uster AG steht indessen im Kontakt mit der Eigentümerschaft der erwähnten Überbauung und überprüft zurzeit im Rahmen einer Vorstudie verschiedene Konzepte für einen Wärmeverbund im Prioritätsgebiet P9.

Frage 4: Bestehen zwischen der Stadt Uster und der Energie Uster AG Vereinbarungen, in welchen durch den Energieplan definierten Gebieten die Energie Uster AG bestimmte Energieträger aktiv anbieten darf, und in welchen allenfalls nicht?

Antwort: Die Energie Uster AG ist im Rahmen des Konzessionsvertrages wie folgt an der Mitwirkung in der Energieplanung verpflichtet (Art. 1 Abs. 2): «Die Energie Uster AG (ehemals SWU) wirkt im Rahmen ihrer Tätigkeit mit am Vollzug der durch Gesetze oder Behörden des Bundes und des Kantons an die Stadt Uster übertragenen Aufgaben. Sie wirkt namentlich mit an der Energieplanung und in der Beratung und Information zur umweltschonenden Energienutzung.» Eine weitergehende Vereinbarung besteht nicht. Die Energie Uster AG hat indessen bekanntlich ihre strategische Ausrichtung auf den Bereich Wärme ausgedehnt und unternimmt grosse Anstrengungen, in den Prioritätsgebieten (allen voran im Zentrumsgebiet sowie Uster-Nord) die Vorgaben des Energieplanes umzusetzen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Die Interpellation ist erledigt.

5 Antrag 26/2015 der Sekundarstufe Uster: Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014

Ausstand: Rolf Denzler (SVP).

Ratspräsident Thomas **Wüthrich**: Giovanni Guareschi, der Autor von Don Camillo und Peppone, sagte einmal über die Politik: „Politik besteht nicht selten darin, einen simplen Tatbestand so zu komplizieren, dass alle nach einem neuen Vereinfacher rufen.“ Heute werden wir alle zu den Vereinfachern gehören, da wir die komplexe Jahresrechnung in ohr-gerechte Kurzreferate gegossen haben. Dafür schon im Voraus herzlichen Dank.

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Walter **Meier** (EVP): *Die Sekundarstufe Uster hatte im 2014 ein finanziell befriedigendes Jahr. Es wurde ein Defizit von 1.10 Mio. budgetiert. Obwohl das Nettoergebnis bei den Steuern rund 0.8 Mio. unter Budget liegt (0.4 Mio weniger Steuern Vorjahre als Budget, 0.2 weniger Quellensteuern, 0.2 Mio weniger aktive Steuerauscheidungen) und damit das Ergebnis erheblich verschlechtert hat, musste dank guter Kostendisziplin ein Defizit von „nur“ 0.9 Mio. ausgewiesen werden. Der Cash flow erreichte immerhin rund 1.2 Mio; was allerdings langfristig ungenügend ist. Trotzdem: in den letzten 5 Jahren konnten den Investitionen mit dem Cash flow finanziert werden. Das Bauprojektmanagement-Handbuch steht kurz vor der Vollendung. Wenn der Gemeinderat die Jahresrechnung behandelt, müsste es durch die Schulpflege bereits in Kraft gesetzt worden sein. Bei der Schulverwaltung wurden rund 200'000 Franken weniger ausgegeben als budgetiert. Gründe dafür liegen in deutlich tieferen Kosten für die Homepage und in nicht benötigten externen Beratungen.*

Aufgrund der tieferen Schüler-Zahlen mussten Klassen reduziert werden. Zudem brauchte es in quasi in letzter Minute noch eine Lösung für etliche A-Schüler, welche die Gymi-Prüfung nicht bestanden hatten. Es wurde deshalb vermutlich erstmals in Uster eine gemischte A/B-Klasse gemacht. Da der Anteil der A-Schüler höher ist (als der Anteil B-Schüler) verläuft dieses „Experiment“ bisher positiv. Insgesamt ist die Klassenplanung relativ schwierig, da erst kurz vor den Sommerferien bekannt ist, wie viele Schülerinnen und Schüler in A-, B- oder C-Klassen eingeteilt werden müssen. Zudem schwankt die Quote offenbar stark, wie viele den Eintritt ins Gymi schaffen. Weiter muss bei den A-Klassen berücksichtigt werden, dass sie noch einige Gymi-Rückkehrer aufzunehmen haben. Bei der LG Unterricht wurden rund 0.5 Mio nicht benötigt. Dabei machen die Personalkosten rund 40 % und die Sachkosten rund 60 % aus. Allein durch den Abbau der Lagerbestände von Klassenlehrmitteln und Verbrauchsmaterial wurden über Fr. 100'000 eingespart. Bei der LG übrige Angebote sind die Kosten bei K15 (Schulgeld Gymnasien) falsch. Richtig wäre bei Budget 2014 1,128 Mio. Effektiv bezahlt werden mussten 1,274 Mio, was darauf zurückzuführen ist, dass einerseits der Kanton die Pauschale von Fr. 17'900 auf Fr. 18'200 pro Schülerin oder Schüler angehoben hat und andererseits die Anzahl Schülerinnen und Schüler gestiegen ist (63 budgetiert, für 70 bezahlt).

Im Gegensatz zur Primarschule Uster (PSU) sind die Kosten für die Tagesstrukturen bei der Sekundarstufe Uster (SSU) sehr bescheiden: Einerseits ist so oder so höchstens das Mittagessen gefragt (der Rest der Tagesstrukturen nicht). Die BWS bietet für alle Schülerinnen und Schüler, die das wünschen, Mittagessen an. Dafür werden Fr. 3000 intern umgebucht.

Die Leistungen des Schulpsychologischen Dienstes (SPD) werden neu eingekauft, nicht mehr selber erbracht. Da aber nach wie vor die gleichen Personen angestellt sind (nur von der PSU statt von der SSU), hat sich die Arbeit in der Praxis nicht verändert.

Die Anzahl der separativen Sonderschulungen wie auch die Anzahl der integrativen Sonderschulungen steigt an. Die Gründe sind vielfältig. Trotzdem: eine Reintegration aus einer Sonderschule in die Regelklasse verlief positiv.

Zur spur+ hat das Parlament erst kürzlich den Antrag 30/2015 behandelt. Diese Spezialschule ist gut angelaufen und entspricht einem Bedürfnis.

Die Berufswahlschule (BWS) hat mit rund 230 Schülerinnen und Schülern die Kapazitätsgrenze erreicht. Aus Uster waren etwas mehr als ein Viertel. Offenbar will der Kanton sparen und in Zukunft maximal 190 Schülerinnen und Schüler finanzieren. Die im Zusammenhang mit „Rehbühl 2020“ geplante Sanierung resp. der Teilneubau soll keine Kapazitätserweiterung zur Folge haben. Die Kunst- und Sportschule Zürich Oberland (KuSs ZO) hat für ein paar Monate ein paar zusätzliche französischsprachige Schülerinnen und Schüler. Die Unterrichtssprache ist deutsch, so dass diese erstaunliche Fortschritte machen.

Nachdem im Gemeinderat klar war, dass es beim Neubau im Krämeracker „nur“ eine neue Doppelturnhalle gibt, hat sich die SSU daran gemacht, die Turnhalle D zu sanieren. Die Kosten belaufen sich auf etwas über Fr. 500'000, wobei im 2015 ca. Fr. 400'000 ausgegeben werden sollen. Die feuerpolizeilichen Massnahmen sollen im 2016 ausgeführt werden.

Der Präsident der Sekundarschulpflege, Thomas **Pedrazzoli**, und der Ressortdelegierte Finanzen der Sekundarschulpflege, Alessandro **Virgelli**, verzichten auf eine Stellungnahme.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Jürg **Gösken** (Grünliberale): *Die Jahresrechnung 2014 der Sekundarstufe Uster weist wiederum unter dem Strich eine hohe Budgettreue auf, bzw. schliesst mit einem etwas tieferen Defizit ab als erwartet. Die meisten Leistungsgruppen konnten ebenfalls unter Budget abschliessen.*

Die Jahresrechnung hätte denn auch noch besser als budgetiert abschliessen können, falls nur die Aufwände reduziert worden wären. Andererseits haben sich aber auch die Steuererträge netto deutlich von budgetierten 15.5 Mio auf real 14.7 Mio Franken reduziert.

Dass diese Einnahmefälle kompensiert werden konnten, nimmt unsere Fraktion äusserst positiv zur Kenntnis und wird Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Sekundarstufe einstimmig zustimmen.

Dennoch ist zu vermerken, dass das vergangene Jahr in einer Serie von Defiziten steht, welche 2012 gestartet ist und voraussichtlich mindestens bis zur Fertigstellung der grossen Investitionsprojekte anhalten dürfte.

Dass die Sekundarstufe mit Abbau des Eigenkapitals diese Phase selber finanzieren soll, wurde für diese Jahre in Kauf genommen. Voraussetzung für diese Mehrjahresplanung ist jedoch, dass genügend Steuererträge erzielt werden können, um die grossmehrheitlich gebundenen Ausgaben decken zu können.

Dass die Steuererträge nun deutlich tiefer als budgetiert ausgefallen sind und sich auf tieferem Niveau weiterentwickeln könnten, gefährdet jedoch den Mehrjahresplan. Ob und wie lange dies mit dem jetzigen Steuerfuss machbar ist, wird sich noch zeigen.

Unsere Fraktion wird die Entwicklung genau im Auge behalten und im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung bei gesunden Eigenkapitalreserven und guter Ausgabendisziplin entscheiden werden.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Die Sekundarstufe hat Alles in Allem gut gewirtschaftet, doch weist die Schule erneut mit 0.9 Mio. einen Aufwandüberschuss auf, der 3.5% des Gesamtbudgets entspricht. Der um 0.2 Mio. Franken geringer ausfallende Aufwandüberschuss darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier um einen Effekt kosmetischer Natur handelt: geringere Investitionen riefen geringere Abschreibungen hervor.*

Auf der anderen Seite ist die Schule sehr aktiv; die Time-Out-Schule muss sich aber noch bewähren. Die BWS ist mit einer zusätzlichen Klasse gut unterwegs. Nichtsdestotrotz erwarten die FDP. Die Liberalen von der Sekundarstufe in Zukunft wieder eine ausgeglichene Rechnung.

Die FDP-Fraktion wird den Antrag annehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32:0 Stimmen (im Ausstand 1):

- 1. Die Laufende Rechnung 2014 der Sekundarstufe Uster schliesst mit einem Aufwand von CHF 26'32'682.49 und einem Ertrag von CHF 25'424'980.25 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 896'702.24 ab.**
- 2. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 896'702.24 wird dem Eigenkapital zugewiesen. Dieses reduziert sich per Ende Rechnungsjahr von CHF 27'125'74.78 auf CHF 26'228'372.54.**
- 3. Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen von CHF 744'532.13 ab.**
- 4. Mitteilung an die Sekundarschulpflege und den Bezirksrat.**

**6 Antrag 22/2015 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht 2014 der Stadt Uster
Antrag 24/2014 des Stadtrates: Jahresrechnung 2014 der Stadt Uster**

6.1. Allgemeine Diskussion Geschäftsfelder (GF) inklusive Investitionen

Für den Stadtrat referiert Stadtrat Cla **Famos**, Abteilungsvorsteher Finanzen: *Die Jahresrechnung 2014 der Stadt Uster weist einen Aufwandüberschuss von 1,8 Millionen Franken aus und präsentiert sich somit um 1,4 Mio. Franken schlechter als budgetiert. Die Abweichung ist grösstenteils auf tiefere Steuereinnahmen und höhere Personalaufwendungen zurückzuführen. Einen positiven Effekt auf das Jahresergebnis hatten die tieferen Abschreibungen. Die Steuereinnahmen im Total sind 3,6 Mio. Franken tiefer als budgetiert.*

Aufwandüberschuss von 1,8 Millionen Franken

Bei einem Aufwand von 233,0 Millionen Franken und einem Ertrag von 231,2 Millionen Franken weist die Laufende Rechnung der Stadt Uster einen Aufwandüberschuss von 1,8 Millionen Franken aus. Im Jahresergebnis sind nebst den ordentlichen Abschreibungen von 9,2 Millionen Franken auch 5,0 Millionen Franken ausserordentliche Abschreibungen mitberücksichtigt.

Zunahme der Einfachen Staatssteuer

Bei den Steuern flossen mit 93,9 Millionen Franken 3,6 Millionen Franken weniger Einnahmen in die Stadtkasse als budgetiert. Vor allem zwei Faktoren zeichnen dafür verantwortlich. Zum einen konnte bei den Steuern der Vorjahre weniger verbucht werden und zum anderen mussten bei den Steuerauscheidungen und den Quellensteuern deutliche Mindererinnahmen verzeichnet werden.

Positiv zu vermerken ist hingegen, dass die Einfache Staatssteuer 2014 (Basis 100%), 1,7% höher ausfällt, als im Vorjahr. Entsprechend haben auch die effektiven Steuereinnahmen um 1,2 Mio. Franken auf 71,4 Mio. Franken zugenommen. Im Voranschlag 2014 waren ordentliche Steuereinnahmen von 71,9 Mio. Franken eingeplant. Neben der einfachen Staatssteuer haben auch die Grundstückgewinnsteuern zugelegt. Gegenüber 2013 beträgt die positive Abweichung 2,2 Mio. Franken.

Gute Budgetdisziplin der Abteilungen

Die positive Abweichung sämtlicher Geschäftsfelder beträgt bei den Globalkrediten 1,6 Mio. Franken und schliesst gesamthaft bei 105,3 Mio. Franken ab. Der bewilligte Globalkredit über alle Geschäftsfelder betrug 106,9 Mio. Franken. Die unter der Verantwortung des Stadtrates liegenden Geschäftsfelder, respektive deren Globalkredite sowie die parlamentarischen Dienste, haben um 1,2 Mio. Franken besser abgeschlossen als budgetiert. Die Primarschule hat ihren Voranschlag 2014 um 1,5 Mio. Franken unterschritten. Das Geschäftsfeld Sozialbehörde hat seinen bewilligten Kredit um 1,0 Mio. Franken überschritten.

Tiefes Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen

Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen sind mit 17,36 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert von 24,12 Mio. Franken. Dieser Wert liegt somit unter dem geplanten Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen. Mehrere Projekte konnten nicht im geplanten Zeitraum oder Umfang begonnen bzw. realisiert werden. Dies betrifft insbesondere die Werkliegenschaft Dammstrasse, die temporäre Sporthalle Buchholz sowie diverse Vorhaben im Tiefbau.

Zusammenfassung 2014 und Ausblick 2015

Die Stadt Uster weist mit einem Aufwandüberschuss von 1,8 Mio. Franken ein Rechnungsergebnis aus, das leicht unter den Erwartungen liegt. In erster Linie dafür verantwortlich sind die Steuereinnahmen, die tiefer sind als erwartet. Daneben haben der höhere Personalaufwand und auch die tieferen Abschreibungen das Ergebnis wesentlich beeinflusst. Positiv zu vermerken ist, dass dank dem Kostenbewusstsein der Abteilungen die Globalkredite im Total nicht ausgeschöpft wurden. Und gesamthaft unter dem veranschlagten Wert liegen.

Dank dem positiven Cash Flow (Steuerhaushalt) von 10,1 Mio. Franken konnte die langfristige Verschuldung auf tiefem Niveau gehalten werden. Für die nächsten Jahre muss aufgrund der hohen geplanten Investitionen von einer deutlich höheren Verschuldung und von einem schnellen Abbau des Nettovermögens ausgegangen werden. Nur mit einer kritischen Prüfung der anstehenden und der geplanten Investitionsvorhaben kann ein kurz- bis mittelfristiges Abgleiten in eine Nettoschuld verhindert werden. Um eine noch bessere Planungsgrundlage für die mittel- und langfristigen Investitionsvorhaben zur Verfügung zu haben, wird die Abteilung Finanzen in Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen bis im Herbst eine Finanzplanung auf 15 Jahre erarbeiten.

Die Stadt verfügt zwar zurzeit nach wie vor über einen gesunden Finanzhaushalt mit einer soliden Eigenkapitalbasis per 31. Dezember 2014 von 136,2 Mio. Franken und einem respektablem Nettovermögen Steuerhaushalt von aktuell 62 Mio. Franken, zu dem aber unbedingt Sorge getragen werden muss. Zudem bestehen nach wie vor grosse Unsicherheiten betreffend der konjunkturellen Aussichten für die Schweiz. Insbesondere der SNB Entscheidung den Mindestkurs gegenüber dem EURO aufzuheben und die grossen Unsicherheiten betreffend der griechischen Schuldenkrise trüben die Konjunkturaussichten ein. Auch unter diesem Aspekt ist es nun sehr wichtig mit den finanziellen Mitteln haushälterisch umzugehen.

Für das laufende Geschäftsjahr 2015 geht der Stadtrat derzeit (Stand Mai 2015), bei einem budgetierten Minus von 2,9 Mio. Franken von einem Ergebnis im Rahmen des Voranschlages aus. Die Geschäftsfelder schöpfen ihre Globalkredite von 106,9 Mio. Franken voraussichtlich nicht ganz aus. Ich danke den Abteilungsleitungen, insbesondere Patrick Wolfensberger, Abteilungsleiter Finanzen.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Gabriela **Seiler** (SVP): *Soviel vorweg: Die RPK hat die Jahresrechnung 2014 und den NPM-Jahresbericht 2014 sowie die Rechnung der Sekundarstufe Uster an ihrer Sitzung vom letzten Montag beraten und alle drei Anträge einstimmig angenommen.*

Neben der Prüfung durch die RPK, hat auch dieses Jahr eine externe Prüfung durch die BDO stattgefunden. Die Berichte der BDO sind uns rechtzeitig zur Verfügung gestanden. Diese gaben ebenfalls keinen Anlass zu grösseren Diskussionen oder Rückfragen an die BDO, respektive an den Stadtrat.

Neben der BDO, die der Stadt Uster für die Jahresrechnung ein „gut“ attestiert, können auch wir das seitens der RPK so taxieren.

Es wurden alle Geschäftsfelder geprüft, die gemachten Feststellungen, Anregungen sowie die sich aus der Prüfung ergebenden Fragen inkl. Antworten seitens der Verwaltung wurden in den entsprechenden Prüfberichten festgehalten.

Neben der aus unserer Sicht erfreulich wenigen Beanstandungen, Rückfragen oder Bemerkungen, kann auch positiv vermerkt werden, dass sich der Dialog zwischen der einzelnen RPK-Mitgliedern und den zuständigen Personen in der Verwaltung weiter verbessert hat und man sich gegenseitig mit dem notwendigen Respekt begegnet. Die Prüfung der RPK soll ja nicht dazu dienen, das berühmte Haar in der Suppe zu finden. Allerdings sind wir auch uns gegenüber selbstkritisch genug, dass wir uns bewusst sind, dass die Prüfung durch die RPK eine gewisse Ernsthaftigkeit und Liebe zum Detail voraussetzt.

Die RPK verzichtet anlässlich der heutigen Sitzung auf zusätzliche Referate zu den einzelnen Geschäftsfeldern. In Einzelfällen wurden Rückmeldungen an die Sachkommissionen gemacht und um Ergänzung der entsprechenden Berichte gebeten. Für alle anderen Geschäftsfelder gilt „seitens der RPK sind keine besonderen Bemerkungen zu machen“.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Bruno **Modolo** (SVP): *Die SVP/EDU-Fraktion nimmt die Rechnung 2014 mit einem Aufwandüberschuss von 1,8 Mio. Franken zur Kenntnis.*

Erfreulich ist die Tatsache, dass der Globalkredit über alle Geschäftsfelder betrachtet unterschritten wurde. Es stellt sich aber hier die Frage, wieviel Reserve bei der Budgetierung miteingerechnet wurde. Insofern muss das Ergebnis bei näherer Betrachtung relativiert werden.

Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen liegen mit rund 7 Mio. Franken weit unter dem budgetierten Volumen. Diese Minderinvestitionen bewirken kleinere Abschreibungen, welche das Jahresergebnis lediglich optisch verbessern. Die SVP/EDU-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat mit entsprechender Sorgfalt die Investitionsplanung an die Hand nimmt und zukünftige Abweichungen gegenüber dem Budget verhindert.

Auch wenn die negative Abweichung der Steuereinnahmen (Quellensteuer und Steuerauscheidungen) im Total zum Voranschlag 2014 zur Kenntnis genommen werden muss, ist es doch erfreulich, dass wie bereits von uns in der Stellungnahme zum Voranschlag 2014 erwähnt, sich die Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen als solide und stabil auszeichnen.

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Stadt Uster über einen gesunden Finanzhaushalt verfügt und geht davon aus, dass durch die generelle Leistungsüberprüfung durch den Stadtrat weitere Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden können und stimmt deshalb dem stadträtlichen Antrag zu.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion erklärt Ursula **Räubtlin** (Grünliberale): *Die Jahresrechnung der Stadt Uster schliesst 2014 schlechter als budgetiert und mit einem leichten Defizit ab. Insgesamt können wir von einem knapp genügenden Rechnungsabschluss 2014 sprechen. Nach den letzten Jahren betrachten wir diesen schlechteren Abschluss alleine noch nicht als besorgniserregend, solange dies nicht der Auftakt zu regelmässig höheren Defiziten ist.*

Für einmal liegt der Hauptgrund für das Defizit bei fehlenden Einnahmen: Bei den Steuern resultieren Mindereinnahmen von über 3,5 Mio. Weiterhin fehlen der Stadtkasse aber auch die Einnahmen aus den Parkgebühren, da eine angemessene Parkplatzbewirtschaftung an den Krisenherden wie den Sportanlagen und der Gegend um das Spital immer noch politisch blockiert scheint.

Glücklicherweise wurden die Globalkredite um 1.6 Mio nicht ausgeschöpft. Auf der Ausgabenseite der laufenden Rechnung ist deshalb positiv zu vermerken, dass die Abteilungen eine sehr gute Budgetdisziplin zeigten. Der Anstieg des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr wird hauptsächlich mit den zusätzlichen Ausgaben für Sozialleistungen begründet, womit wir von einem einmaligen Effekt ausgehen. Wir hoffen deshalb auf eine Stabilisierung der Personalausgaben für das laufende Jahr.

Die Gefahren für die Zukunft sehen wir einerseits in tieferen Einnahmen aufgrund tieferem Steuerkraft- bzw. Ressourcenausgleich und konjunkturell bedingten tieferen Steuereinnahmen aufgrund der Frankenstärke und andererseits bei der immer angespannteren Lage bei den notwendigen und beschlossenen Investitionen. Denn auch 2014 wurden wiederum nur 72 % des Investitionsbudgets ausgeschöpft, was weit unter dem angestrebten Ziel von mindestens 80 % liegt. Entsprechend höher fällt der Investitionsbedarf für die Folgejahre aus. Denn aufgeschoben ist bei Investitionen nicht gleich aufgehoben – einzelne Investitionsobjekte verteuern sich dadurch noch zusätzlich. Die Investitionen konnten lediglich zu 58 % aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Langfristig müsste ein Cashflow von CHF 15 Mio. erreicht werden.

Die Finanzlage Usters bleibt also angespannt, wenn man sowohl den laufenden Aufwand als auch den enormen Investitionsbedarf Usters für die nächsten Jahre in Betracht zieht. Wir sind deshalb gespannt auf die Ergebnisse der laufenden Leistungsüberprüfung, mit welcher die laufenden Kosten in den Griff gekriegt werden sollen.

Die Berichte zum Rechnungsjahr geben naturgemäss Auskunft zu den erbrachten Leistungen, den verursachten Kosten und den erzielten Einnahmen. In den Subkommissions- und Kommissionssitzungen wurden die von uns gestellten Fragen zu unserer absoluten Zufriedenheit beantwortet. Die Anträge zur Jahresrechnung 2014 sowie zum NPM-Jahresbericht 2014 kann unsere Fraktion in diesem Sinne einstimmig annehmen.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner**: *Mit einem Rechnungsabschluss von Minus CHF 1,8 Mio. kann man ja nicht zufrieden sein. Und würde man noch die einmaligen Buchgewinne weglassen, wären wir schon bei CHF 2,6 Mio. Und wenn wir mit der Sekundarschule eine Einheitsgemeinde wäre, also spätestens in 2 Jahren, haben wir ein Defizit von CHF 3,5 Mio. Das sind ziemlich genau 5 Steuerprozent. Es hat aber auch viel Positives in dieser Jahresrechnung.*

Wir behandeln die Rechnung 2014, wir blicken also in die Vergangenheit. Wir nutzen aber die Gelegenheit, auch vorwärts ins 2016 zu blicken.

Zum Rückblick. Hier legen wir den Fokus auf zwei Themen:

Zum Thema Investitionen: Geplant waren Investitionen von CHF 24,1 Mio., ausgeführt wurden CHF 17,3 Mio., das sind rund 72 %. In Anbetracht, dass wir in den nächsten Jahren weitere CHF 180 Mio. investieren, schieben wir also auch noch bereits geplante Investitionen vor uns hin. So wird der Berg immer grösser. Darum überrascht es nicht, dass der Stadtrat in seiner Würdigung zur Rechnung 2014 schreibt, dass inskünftig nicht alle Projekte realisiert werden können. Wir befürchten da einen grossen Verteilungskampf um die Investitionsbeträge, falls auf der Ertragsseite nichts passiert. Das jetzige Vermögen genügt nicht.

Zum Thema Boden- und Immobilienpolitik. Im 2009 hat die SP mit einer Leistungsmotion dieses Thema aufgegriffen, der Gemeinderat hat es dann als Leistungsziel verankert. Aber mehr als das erkennen wir in der Jahresrechnung 2014 nicht. Wir hätten erwartet, dass der Stadtrat das Leistungsziel in einem Strategiepapier weiter präzisiert. Einmal mehr wurde nur Land verkauft, aber kein Grundstück gekauft. Der fehlende Wille des Stadtrats, strategisch wichtige Grundstücke zu kaufen, ist mehr als unbefriedigend. Bis jetzt hiess es oftmals, der Stadtrat könne ein bestimmtes Grundstück nicht kaufen, da es zu teuer sei. Überrascht sind wir, dass der Stadtrat noch nie auf die Idee gekommen ist, seine Finanzkompetenz für den Kauf von Grundstücken von nur gerade CHF 1,5 Mio. zu hinterfragen. CHF 1,5 Mio. sind im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr tief. Da liegt die Vermutung nahe, dass der Stadtrat wirklich kein Interesse hat, Land zu kaufen und sich gerne hinter der tiefen Finanzkompetenz versteckt. Denn mit CHF 1,5 Mio. Kompetenz kauft man z. B. nur gerade 1'000 m² zu CHF 1'500.-, und dies reicht definitiv nicht für eine strategische Bodenpolitik. Und jetzt ein Blick auf die nächsten Jahre:

Im Jahr 2014 haben wir wie erwähnt ein Defizit von CHF 1,8 Mio., im Voranschlag 2016 eines von CHF 2,4 Mio., und auch in den Folgejahren sieht es nicht besser aus.

Der Stadtrat hat ein Sparprogramm lanciert, um die Rechnung zu verbessern. Die Leistungen sollen überprüft werden. Gegen eine Leistungsüberprüfung im Sinne von „tun wir die Dinge richtig“ hat die SP Fraktion nichts dagegen. Im Gegenteil, es ist Aufgabe des Stadtrats, regelmässig die Leistungen und Prozesse zu überprüfen, das gehört zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Wir haben aber etwas dagegen, wenn er klammheimlich Leistungen abbaut, wie er das im Voranschlag 2015 getan hat. Wir erwarten, dass der Stadtrat in Zukunft beim Thema „tun wir die richtigen Dinge“ den Gemeinderat einbezieht und transparent aufzeigt, welche Leistungen er streichen oder reduzieren will.

Aufwand und Erlös müssen ausgeglichen sein. Der Stadtrat prüft seit einem Jahr aber nur, wie er den Aufwand reduzieren kann. Eine Rechnung ausgleichen kann man aber nicht nur, indem man den Aufwand senkt, sondern auch, indem man den Ertrag erhöht. Aber dazu hat er absolut kein Gehör. Der Finanzvorsteher sprach bei der Präsentation des Rechnungsabschluss noch davon, mittelfristig den Steuerfuss auf das kantonale Mittel zu senken. Das wäre eine Steuerfuss-Senkung von 9 % mit CHF 10 Mio. Ertragsausfällen. Und das, während man gleichzeitig ein Sparprogramm fährt. Am Wirtschafts Anlass vor zwei Wochen hat er zum Glück seine Meinung revidiert, indem er sagte, dass der Steuerfuss nicht erhöht werden soll. Aber das genügt noch nicht. Man kann nicht einseitig den Aufwand reduzieren und Leistungen abbauen, ohne die Ertragsseite anzupassen. Gegen dieses Vorgehen werden wir uns vehement zur Wehr setzen. Wir sind überzeugt, dass die Ustermer Bevölkerung die Leistungen im Bereich Bildung, Soziales, Freizeit und Sport schätzt und nicht abbauen will und auch bereit ist, dafür Steuern zu bezahlen.

Erinnern wir uns: Vor neun Jahren war der Steuerfuss 8 % höher als heute. Die von den bürgerlichen Parteien durchgesetzten Steuerfuss-Senkungen führten nun zu diesen grossen Defiziten und zu der Situation, dass die dringend notwendigen Investitionen in ein lebendiges Uster in Frage gestellt werden. Hätten wir einen ähnlichen Steuerfuss wie vor 9 Jahren, wären nicht nur die Defizite verschwunden, sondern wir hätten auch genug Vermögen, um die anstehenden Investitionen zu finanzieren. Das wäre vorausschauende Finanzpolitik. Meine Damen und Herren, eine vorausschauende Finanzpolitik ist, wenn man nicht kurzfristig den Steuerfuss senkt, weil man nur ein Jahr voraus schaut, sondern sicherstellt, dass die mittelfristig anstehenden Investitionen finanziert werden können. Das wäre eine strategische, vernünftige Finanzpolitik, und zwar unabhängig, ob man im Rat rechts, in der Mitte oder links sitzt.

Wir hoffen, dass unser Finanzvorsteher dies auch noch einsehen wird und den Mut hat, auch in einem bürgerlichen Stadtrat den Steuerfuss nicht mehr zu einem Tabu-Thema zu erklären. Der Stadtrat soll dem Gemeinderat in Zukunft einen Steuerfuss vorschlagen, mit dem auch mittelfristig die Finanzen im Lot sind. Der Steuerfuss ist politisch ein heisses Eisen, das wissen wir. Wir erwarten aber vom Stadtrat, dass er seine Verantwortung wahrnimmt und das Thema Steuerfuss nicht alleine dem Gemeinderat überlässt.

Für die FDP-Fraktion referiert Matthias **Bickel**: *Die Fraktion der FDP. Die Liberalen ist mit der Leistung des Stadtrates zufrieden, wenn auch der Rechnungsabschluss schlechter ausgefallen ist, als erwartet. Die Abweichung beträgt hingegen weniger als ein Prozent der Gesamtrechnung, was somit im verkraftbaren Rahmen bleibt.*

Im Jahresergebnis sind zwar auch wieder 5 Mio. Franken ausserordentliche Abschreibungen enthalten, doch überrascht das im Vergleich zum Budget um 1.4 Mio. Franken schlechtere Resultat dennoch, da ein Anteil davon mit tieferen Steuereinnahmen der hängigen Vorjahre begründet wird, wo man sich nun um 18 % verschätzt hat. Erfreulich ist hingegen die Zunahme der Steuererträge des Rechnungsjahres 2014, was durch die erstarkte Wirtschaftsleistung auch zu erwarten gewesen war. Ein weiterer Kostentreiber sind einmal mehr die Personalkosten, obwohl diesmal die Einführung der Krankentaggeldversicherung für die Kostenzunahme hauptsächlich verantwortlich war, was ebenfalls absehbar war und für die Stadt wenigstens das finanzielle Risiko in Zukunft berechenbar macht. Das um 11 % schlechtere Ergebnis der Sozialbehörde lässt hingegen aufforchen, das mit gut einer Million Franken mehr in die Bücher schlägt. Auch die vielen und nach unserer Meinung zu hoch verrechneten Fahrkilometer der Spitex hinterfragen wir weiterhin.

Die Fraktion der FDP. Die Liberalen begrüsst daher die durch den Stadtrat eingeleitete allgemeine Leistungsüberprüfung der Stadtverwaltung, um auch für die Zukunft eine effiziente und leistungsfähige Stadtverwaltung zu garantieren und die gute Finanzlage der Stadt Uster für die kommende Generation zu erhalten. Andere Städte im Kanton zeigen, wohin es führen kann, wenn man zu seinen Finanzen nicht genügend Sorge trägt.

Die FDP-Fraktion wird beide Anträge annehmen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei**: *Die Grünen Uster schliessen sich der Meinung des Stadtrates an, dass mit den bewilligten Globalkrediten sehr sorgfältig und bewusst umgegangen wurde und unter dem Strich sogar Minderausgaben resultierten. Dies ist erfreulich, doch fehlt den Grünen neben der rein quantitativen Betrachtung auch eine qualitative Bewertung der Einsparungen: Wie wirkt sich beispielsweise die Einsparung von 3 % bei den Lehrerlöhnen auf die Leistungen und das Personal der Primarschulpflege aus? Oder wie stehen die betroffenen Eltern dazu, dass sie über 200'000 Franken mehr an Beiträgen in der familienergänzenden Betreuung leisteten als im Vorjahr? Oder inwiefern profitierte die Ustermer Bevölkerung davon, dass die Kosten pro Einwohner um über 7 % auf über 6'000 Franken gestiegen sind? Die Grünen erwarten, dass der Stadtrat diesbezüglich mehr Klarheit schafft.*

Für die Grünen inakzeptabel ist, dass das Rechnungsergebnis damit "frisirt" wurde, als

- 1. einmal mehr Tafelsilber verschertelt wurde, indem mit einem Landverkauf rund 800'000 Franken in die Stadtkasse flossen; gleichzeitig weiterhin kein neues Land dazugekauft wurde;*
- 2. bei Infrastruktur und Unterhalt erneut gespart wurde und 300'000 Franken Minderausgaben resultierten, obwohl in dieser Leistungsgruppe dringender Nachholbedarf besteht;*
- 3. ausgerechnet bei der Sozialen Sicherheit rund 700'000 Franken eingespart wurden.*

Im Hinblick auf den Voranschlag 2014 hatten die Grünen darauf hingewiesen, dass als Folge des zu tiefen Steuerfusses ein bedeutender Teil der anstehenden Grossinvestitionen mit Fremdkapital finanziert werden muss. Das hat nun offenbar auch der Stadtrat bemerkt. Seine Lösung des Problems: "nicht alle in der Planung eingestellten Projekte und Aufgaben [können] im geplanten Zeitraum realisiert werden." In der Zwischenzeit hat der Stadtrat seine generelle Leistungsüberprüfung des Finanzhaushalts der Stadt Uster in die Wege geleitet. Das verheisst nichts Gutes. Umso weniger als die Realisierung des Velokonzepts, die Errichtung einer Stiftung zur Wohnbauförderung oder zum Betrieb eines Kulturzentrums in diesen Perspektiven noch gar nicht enthalten sind.

Der Stadtrat von Uster muss anerkennen, dass die Stärkung Usters als regionales Zentrum auch entsprechende Lasten und Bedürfnisse mit sich bringt. Das geht über ein neues Hallenbad oder neues Schulhaus hinaus. Die Lösungen von Verkehrsproblemen werden drängender und kostspieliger, Sozialhilfekosten steigen, der Aufwand für Bildung und Tagesstrukturen nimmt zu, um nur einige Punkte zu nennen. Unter diesen Umständen an einem tiefen Steuerfuss festhalten zu wollen, ist eine unverantwortliche Vogel-Strauss-Politik. Und unter diesen Umständen ein Defizit einzufahren ebenso.

Fazit: Besondere Umstände und Sparbemühungen in der Verwaltung haben ein im Hinblick auf die anstehenden Grossinvestitionen desaströses Ergebnis verhindert. Die Stadt Uster investiert weiterhin nur am unteren Grenzwert in ihre Infrastruktur. Auch bei der Sozialen Sicherheit, Primarschule und vielen anderen Geschäftsfeldern wurde das Budget nicht ausgeschöpft. Ob da überall noch ein den Bedürfnissen entsprechender Service sichergestellt werden kann? 2014 hat Uster ein unnötiges Defizit von 1,8 Millionen Franken eingefahren. Jetzt zeigt sich, dass mit der von den Grünen vorgeschlagenen Steuererhöhung für das Jahr 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis hätte erreicht werden können.

6.2 Geschäftsbericht Gemeinderat

Für die Geschäftsleitung (GL) referiert Thomas **Wüthrich** (Grüne); darum übernimmt der 1. Vizepräsident, Hans Keel (SVP), die Sitzungsleitung: *Die Geschäftsleitung des Gemeinderates hat den Jahresbericht Parlament am 10. Juni 2015 eingehend diskutiert und verabschiedet. Dazu einige Bemerkungen:*

Abweichungen: Für den Gemeinderat wurde infolge weniger Sitzungen insgesamt rund 10% weniger aufgewendet (minus CHF 31'750, Kto. 3000.00).

Bei den Parlamentarischen Diensten ergaben sich folgende Abweichungen:

Sozialleistungen Personal (Kto. 3030.00) plus CHF 57'850.45, da auf Intervention des Leiters Parlamentsdienste die Rechnung erstmals richtig abgegrenzt wurde. Es handelt sich hierbei um einen einmaligen Mehraufwand in dieser Grössenordnung. In Zukunft wird sich der Betrag wieder deutlich näher beim bisherigen Budgetwert bewegen.

Sachaufwand Beratungen (Kto. 3180.08). Die extern vergebenen Stellungnahmen des Gemeinderates zu Rekursen verursachten gegenüber dem Budget einen Mehraufwand von rund CHF 12'000 (CHF 11'989.85).

Sachaufwand Ratsinformationssystem (RIS): Für die Vorarbeiten zum RIS wurden insgesamt gut CHF 29'000.- Fr (Kto. 3180.40, CHF 29'138.) ausgegeben. Unter dem Titel interne Verrechnungen (Kto. 3910.04) waren dafür CHF 21'000 vorgesehen. Das heisst der Mehraufwand gegenüber dem Budget beträgt CHF 8'000.

Insgesamt entspricht dies praktisch den im Jahresbericht ausgewiesenen Mehraufwendungen von CHF 84'000.

Die Geschäftsleitung beantragt dem Gemeinderat, den NPM Jahresbericht 2014 Parlament zu genehmigen.

6.3 Geschäftsbericht Stadtrat

GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert Thomas **Wüthrich** (Grüne); darum übernimmt der 1. Vizepräsident, Hans Keel (SVP), die Sitzungsleitung: *Die zahlreichen Fragen der KÖS zum GF Steuerung und Führung wurden einmal mehr umfassend und nachvollziehbar beantwortet. Darum gab das Geschäftsfeld in der Kommission nur noch wenig Anlass zur Diskussion.*

1. Es ist erfreulich, dass das GF mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einmal mehr sorgfältig umgegangen ist und im Rahmen des Globalkredites abgeschlossen hat.

2. Ärgerliches gab es eigentlich nur im Zusammenhang mit der Sanierung/Erweiterung an der Dammstrasse zu hören. Positiv ist, dass alle vorgesehenen Abteilungen der Stadt an der Oberlandstrasse untergebracht werden können. Ärgerlich ist, dass die Kantonspolizei nicht wie vorgesehen an der Dammstrasse einzieht, mit dem Verweis, der Standort sei zu wenig zentral. Ärgerlich ist zudem, dass das Umbauprojekt namens "Tetto" seinen Namen nicht mehr verdient. Auf die Realisierung des markanten Dachs muss aus verschiedenen Gründen verzichtet werden. Immerhin soll dafür die nun die vorgesehene Leistung der Photovoltaik-Anlage höher ausfallen.

3. Im Moment findet in der Stadtverwaltung eine umfassende Leistungsüberprüfung statt. Das heisst, es wird hinterfragt, ob die Stadt das Richtige in der richtigen Art und mit den richtigen Mitteln tut. Die periodische Durchführung einer generellen Leistungsüberprüfung ist im Managementmodell der Stadt Uster und im NPM-Führungssystem vorgesehen. Die Wirkungs- und Leistungsziele, aber auch die dazugehörigen Leistungen sind auf ihre Gültigkeit und Zweckmässigkeit hin regelmässig zu hinterfragen. Letztmals erfolgte eine generelle Leistungsüberprüfung im Jahre 2004.

4. Im Verantwortungsbereich der KÖS gab es Verschiebungen von Leistungsgruppen unter den verschiedenen Geschäftsfeldern. Die Neuordnung wird mit dem Voranschlag 2016 wirksam.

5. Die Wirkungsprüfungen in der LG Stadtkanzlei und Rechtsdienst sowie in der LG HRM Personaldienst fielen uneingeschränkt positiv aus.

Die KÖS hat den NPM-Bericht zum GF Steuerung und Führung einstimmig genehmigt.

GF Bürgerrecht und Dienste

Für die KÖS referiert Ivo **Koller** (BDP): Am 9. Juni 2015 wurde mit dem Stadtpräsidenten und dem Abteilungsleiter Präsidiales das Geschäftsfelder Bürgerrecht und Dienste besprochen. Das Gespräch fand in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt.

Mit Blick auf die Zahlen kann festgehalten werden, dass sich diese im vorgegeben Rahmen befinden und keine nennenswerten Auffälligkeiten zu verzeichnen sind.

Speziell zu erwähnen sind zwei Punkte:

1. In der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt zeigt der Trend der Betreuungszahlen weiterhin nach oben. Dies unter anderem auch wegen der stetig steigenden Zahl der Personen im Betreuungskreis. Gemäss Konjunkturprognosen wird wirtschaftlich mit schwierigeren Zeiten gerechnet, weshalb allgemein mit einer Zunahme des Geschäftsvolumens auszugehen ist. Die Anzahl Fälle pro Mitarbeitenden liegen gemäss dem Jahresbericht bei ca. 1'100 Fällen. Gemäss dem LG Leiter können bei der momentanen Arbeitslast die Geschäfte auch bei durchschnittlich 1100 bis 1200 Fällen bewältigt werden. Bei einem weiteren Anstieg der Fallzahlen ist eine Stellenaufstockung in Erwägung zu ziehen.

2. Das GF Bürgerrecht und Dienste erfuhr ab dem 1. Januar 2015 eine organisatorische Veränderung erfahren. Die einzelnen LG wurden anderen GF zugeteilt. Die LG Friedensrichter und LG Stadtmannamt und Betreibungsamt befinden sich neu in der Abteilung Sicherheit und wurden deshalb das letzte Mal durch unsere Subkommission begutachtet.

Die KÖS empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig das Geschäftsfeld Bürgerrecht und Dienste zu genehmigen. Aus der Rechnungsprüfungskommission gibt es keine Ergänzungen.

GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert Ursula **Räuftlin** (Grünliberale): Am 1. Juni 2015 hat die KBK das Geschäftsfeld Kultur behandelt. Anwesend waren der zuständige Kulturbefauftragte Christian Zwinggi, sowie der für dieses Geschäftsfeld zuständige Stadtpräsident Werner Egli.

Das GF Kultur beantragte für das Jahr 2014 einen Globalkredit über CHF 3.695 Mio. und erzielte ein Ergebnis von CHF 3.782 Mio. also eine Kostenüberschreitung von 2.4 %. Zusätzlich zu den budgetierten Kosten fielen in diesem Geschäftsfeld CHF 60'000 für die Weiterführung des Familienzentrums an, womit sich der wesentliche Anteil der Kostenüberschreitung erklären lässt.

Die weitere Budgetüberschreitung liegt zu einem wesentlichen Teil in der LG Stadtbibliothek begründet. In dieser Leistungsgruppe fielen einerseits nicht budgetierte IT-Kosten für den Wechsel auf Windows 7 an, andererseits fielen auch die Personalkosten krankheitsbedingt höher aus als budgetiert.

Die neue Kulturagenda wurde Ende 2014 unter www.usteragenda.ch aufgeschaltet und präsentiert sehr attraktiv das lokale Kulturangebot. Der bisherige Kulturpreis heisst neu Kunstpreis und soll zukünftig im Rahmen einer grossen Gala zusammen mit den anderen Preisen der Stadt Uster verlieht werden. Der neue Leistungskontrakt mit dem Swissjazzorama soll voraussichtlich bis Ende 2015 erarbeitet werden, vorläufig wurde der Vertrag nur um ein Jahr verlängert.

In der LG Soziokultur konnten die durch die Fachstelle Integration des Kantons geforderten Erstgespräche noch nicht vollständig umgesetzt werden. Im vergangenen Jahr wurden der Fortbestand des Familienzentrums gesichert und neue Betriebsstrukturen geschaffen. Die Anzahl der Projekte von Jugendlichen (Indikator I01) und der Betrag dafür (K01) in der LG Soziokultur liegen unterhalb des Budgets. Viele Projekte werden allerdings vom FRJZ begleitet und im NPM-Bericht nur ausgewiesen, wenn zusätzlichen Mittel fließen. Eine vollständige Liste der Projekte wurde uns abgegeben. Die ausbezahlten Beiträge für die Vereinsförderung liegen mit CHF 257'000 über dem vom Gemeinderat genehmigten wiederkehrenden Kredit. Für die zukünftige Einhaltung des Kredits werden deshalb im Jahr 2015 Anpassungen bei den Beiträgen geplant. Eine Weisung zur Beschlussfassung soll dem Gemeinderat zum gegebenen Zeitpunkt vorgelegt werden.

Die Regionalbibliothek lief auch im Jahr 2014 immer noch unter dem alten Vertrag. Die Verhandlungen für den neuen Vertrag werden im Juni 2015 aufgenommen und sollten dann ab dem Jahr 2016 gelten. Die neue Möglichkeit der Online-Ausleihen wird rege benutzt und die Anzahl Ausleihen steigt kontinuierlich an. Die Ausleihen gingen minim zurück, verursacht durch die Fussball-WM im Juni, welche zu um über 9% tieferen Eintrittszahlen und Ausleihen gegenüber dem Vorjahresmonat führte.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KBK empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

GF Finanzen

Für die KÖS referiert Markus **Wanner** (SP): Das Geschäftsfeld Finanzen beinhaltet nebst den Leistungsgruppen Finanzverwaltung und Informatik auch die LG Steuern. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, den Steuern, dem Gewinnanteil ZKB und den Konzessionsabgabe der Energie Uster AG werden vom Geschäftsfeld Finanzen nicht direkt beeinflusst. Informationen zu den Steuern und zum Finanzausgleich sind in der der Jahresrechnung 2014 auf den Seiten A-4 bis A-10 detailliert dargestellt.

Mit einem Ergebnis von CHF 648'000 wurde der Globalkredit um CHF 4'000 überschritten worden Es gab keine grösseren Abweichungen.

Drei Punkte erscheinen uns wichtig:

1. Beitragswesen

Seit längerer Zeit ist die KÖS mit dem Beitragswesen unzufrieden. Die Grundlagen für die Berechnung der Beiträge sowie die Prozesse sind nicht klar geregelt. So können verschiedene Geschäftsfelder Beiträge auszahlen, im schlimmsten Fall wissen sie nicht einmal, dass ein anderes Geschäftsfeld auch etwas auszahlt. Eine Koordination oder eine Übersicht fehlt. Die Grundlagen und die Prozesse müssen geklärt werden. Das ist zwar seit längerem erkannt, aber der Weg zu Klärung scheint doch sehr lang.

2. IKS-Weisungen

Die Leistungsgruppe Finanzen- und Rechnungswesen weisen als Indikator Anzahl IKS-Weisungen aus. Weisungen zum internen Kontrollsystem sind sehr wichtige Controlling Instrumente. Die Federführung für IKS-Weisungen für die ganze Stadt liegt aber nicht beim Geschäftsfeld Finanzen, sondern beim Geschäftsfeld Steuerung und Führung in der Leistungsgruppe Controlling. In dieser Leistungsgruppe ist aber nur die Leistung L03 IKS erwähnt, Indikatoren oder Kennzahlen dazu fehlen. Wir empfehlen, dass zumindest eine Kennzahl zu dieser Leistung geführt wird.

3. Steuern Abschreibungen und Erlasse

Letztes Jahr wurden Steuerforderungen von CHF 1,1 Mio. abgeschrieben oder erlassen. Das sind rund 1,5 Steuerprozent und ist mehr als störend. Das Geschäftsfeld zeigte auf, dass Steuern erst nach einem längeren Prozess abgeschrieben werden. Sie sind zudem aktiv in der Beratung von Steuerpflichtigen, sei es mit Beratungsanlässen für Ältere in Zusammenarbeit mit der Pro Senectute oder mit einer gut gemachten Broschüre für jugendliche Steuerzahlende.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit und auch die RPK empfehlen einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Finanzen zu genehmigen.

GF Liegenschaften

Für die KÖS referiert Markus **Wanner** (SP): *Mit einem Ergebnis von CHF 7'677'000 wurde der Globalkredit um CHF 344'000 unterschritten. Zum besseren Ergebnis beigetragen haben Buchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften. Mehrausgaben gab es für das Provisorium Stadthofsaal und der Instandsetzungskosten im Kiosk Schiffflände. Ebenfalls Minderkosten entstanden bei der Leistungsgruppe Schulliegenschaften.*

In der Leistungsgruppe Baumanagement bleibt der Indikator I03 „Unterhaltskosten in % der Gebäudeversicherungsvalue der strategischen Gebäude“ einer der wichtigsten Indikatoren. Als allgemein anerkannter Standardwert gelten 2 % des Gebäudeversicherungswertes für den Substanzerhalt. Dieser Wert wurde mit 1.42 % nicht erreicht. Beeinflusst wurde dieser Indikator u.a. durch die Sanierung der Damm- und Oberlandstrasse 80, welche verspätet ist. Dieser Wert sollte schnell wieder auf 2 % erhöht werden, sonst riskieren wir einen Substanzverlust.

Zu Diskussionen führte bei der LG Grundstückbewirtschaftung die Kennzahl K06 „Kauf von Grundstücken“. In der Diskussion stellte sich heraus, dass die Kompetenz des Stadtrats, Grundstücke zu kaufen, bei CHF 1,5 Mio. liegt. Bei einem Bodenpreis von CHF 1'500 pro m² könnte nur gerade 1'000 m² in eigener Kompetenz kaufen. Das ist, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden, eine sehr tiefe Kompetenz und sollte angepasst werden.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit und die RPK empfehlen einstimmig, den NPM-Jahresbericht des Geschäftsfelds Liegenschaften zu genehmigen.

GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert Balthasar **Thalmann** (SP): *In gewohnter Kürze erwähne ich die wichtigsten Punkte zum Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt: Der Globalkredit von gut Fr. 5 Mio. wurde um Fr. 300'000 unterschritten. Verschiedene Gründe führten dazu.*

Die Abteilung konnte einige Aufträge günstiger vergeben. Und zwar indem der Markt beobachtet wurde und dann die Arbeiten ausgeschrieben wurden, wenn man günstige Angebote erwarten durfte. Geschickte Anwendung des Submissionsverfahrens wird das genannt. Diese Handhabung wurde in der KPB gelobt.

Im 2014 war die neue ARE erstmals in Vollbetrieb mit dem Resultat, dass rund ein Drittel weniger Phosphor in den Greifensee geleitet wurde.

Die Wirkungs- und Leistungsprüfung wurde für die LG Stadtentwässerung vorgenommen. Die Indikatoren wurden für zweckmässig befunden und es wurde kein Anpassungsbedarf formuliert.

Dann zur Investitionsrechnung: für das GF Infrastrukturbau und Unterhalt haben wir fürs 2014 einen Global-Investitionskredit gewährt. Dieser wurde zu 85 % ausgeschöpft, was ein hoher Wert ist. Der Globalkredit wurde deshalb gewährt, damit die Abteilung flexibler bei der Investitionsauslösung ist. Diese Flexibilität hat tatsächlich Vorteile; so kann bei Bedarf ein Vorhaben vorgezogen werden, wenn es bei einem anderen stockt. Diese Flexibilität ist aber nicht so riesig, weil der Vorlauf eines Projekts doch ziemlich lange ist. Im Voranschlag 2016 werden die einzelnen Investitionsvorhaben wieder einzeln ausgewiesen. Ein Globalkredit ohne Leistungsaufträge wird nämlich als nicht zulässig erachtet. Es wird dann eine politische Frage sein, wie viele Investitionsvorhaben wir ausweisen, mit dem Wissen dass das eine oder andere Verzögerungen erfahren und dann ein weiteres vorgezogen werden könnte. Darüber sprechen wir dann in einem halben Jahr.

Die KPB hat gewünscht, über die langfristige Finanzierung der Spezialfinanzierung Stadtentwässerung informiert zu werden. Weiter hat sie gewünscht, dass sie kurz informiert wird, wenn sich bei einem Investitionsvorhaben grössere Widerstände formieren, sodass die KPB-Mitglieder kurz über den Prozess Auskunft geben können.

Die KPB hat der Rechnung einstimmig zugestimmt.

GF Stadtraum und Natur

Für die KPB referiert Meret **Schneider** (Grüne): *Zum Geschäftsfeld Stadtraum und Natur lässt sich primär festhalten, dass die grossen Projekte insbesondere bei der Zentrumsentwicklung auf gutem Wege sind. Für die Gestaltungspläne „Am Stadtpark“ und „Zeughausareal“ erfolgte die öffentliche Auflage sowie die Vorprüfung beim Kanton. Erfreulich ist auch, dass die zweite Phase des Vernetzungsprojektes des Landschaftsentwicklungskonzeptes abgeschlossen und als sehr erfolgreich beurteilt wurde. Die vorgesehenen Flächenziele wurden weit übertroffen und das Projekt soll in einer dritten Phase ab 2015 weitergeführt werden.*

Auch aus der Leistungsgruppe Natur und Landwirtschaft lässt sich insbesondere aus Grüner Sicht Positives berichten. Sowohl die ökologische Ausgleichsfläche als auch die ökologisch wertvolle Biodiversitätsfläche sind höher ausgefallen als budgetiert. Insbesondere die ökologische Ausgleichsfläche konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, was sehr erfreulich ist. Zurückzuführen sind diese Zahlen auf vom Kanton vorgeschriebene Zielvorgaben.

Weniger erfreulich hingegen ist der massive Rückgang des Feldhasenbestandes seit 2011. Angesichts des aktuellen Bestandes kann praktisch vom Verschwinden des Feldhasen aus Uster ausgegangen werden. Die Gründe dafür sind nicht bekannt, doch handelt es sich dabei um ein kantonal beklagtes Problem und sogar national ist ein Rückgang zu verzeichnen. Gleiches gilt für die Goldammer: Deren Bestand hat seit 2011 um die Hälfte abgenommen, auch dies eine Tendenz, die im ganzen Kanton beobachtet wird. Ein Lob an den Stadtrat, der die Kennzahlen dafür erfasst.

Zu guter Letzt noch einmal erfreuliche Flächen-News: In der Leistungsgruppe Forstwirtschaft wurden bei der Holznutzung und der Jungwaldfläche die budgetierten Werte weit übertroffen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Stadt Uster vom Kanton Zielvorgaben übernehmen und diese einreichen muss, um dafür Beiträge zu erhalten. Diese Zielvorgaben konnten gut erreicht werden.

Ivo **Koller** (BDP): *Der Spielplatz am Rebenweg wurde in diesem Saal in relativ kurzer Zeit schon x-fach erwähnt und gelangt so vielleicht noch zu städtischer Bekanntheit. Der Spielplatz ist eigentlich ein ganz normaler, wäre da nicht seine traumhafte Lage und die ausserordentlich lange Bauzeit. Man muss es so deutlich sagen, die Verwaltung zeigt sich bei der Erneuerung des Spielplatzes in einem schlechten Licht: Von der Kommunikation bis zur Ausführung ungenügend.*

Angefangen hat die leidige Odyssee 2011, als gross angekündigt wurde, der Spielplatz werde umgestaltet und erneuert. Ausser dem Abbruch der Spielgeräte passierte dann jedoch lange gar nichts. Bis zum heutigen Tag wurden immer wieder häppchenweise Geräte aufgestellt. Ein Grossteil der Spielgeräte steht nun, welche den Kindern auch grosse Freude bereitet. Aber fertiggestellt ist er immer noch nicht. Wasser ist ein Kernthema des Spielplatzes, Wasser sucht man aber vergebens. Die Bewohner rund um den Rebenweg wurden schon etliche Mal getröstet. Eine passende Ausrede betreffend den Grund der Verzögerung war immer zur Hand.

Diese Art des Bauens ist nicht nur nicht kundenfreundlich sondern auch viel kostenintensiver. Im Voranschlag 2016 wird in diesem GF deshalb genauer hingeschaut.

GF Hochbau und Vermessung

Für die KPB referiert Wolfgang **Harder** (CVP): *Die Gebühreneinnahmen für die Baubewilligungen sind erfreulich. Grosse Projekte bringen grössere Einnahmen, so z. B. die Kantonsschule Uster. Der Kanton will bauen, daher hat er auch die Gebühren gemäss Gebührenverordnung zu bezahlen. Die Stadt Uster weicht davon nicht ab.*

Im Bereich Bauberatung plant die Stadt als eine der ersten in der Schweiz ein Hilfsmittel für Bauherren und Architekten. Es soll ein Dokument veröffentlicht werden, in welchem die zulässigen Farben in den jeweiligen Zonen erläutert werden (auf Basis NSC Farbskala). Dieses Hilfsmittel wurde in den letzten 4 Jahren entwickelt und erprobt. Es hat sich bewährt und als hilfreich herausgestellt. Es wird von Architekten und von Bauherren geschätzt. Ziel dieses Dokumentes ist die Rechtssicherheit und ein ansprechendes Gesamtbild der Stadt. Es soll in diesen Tagen vom Stadtrat verabschiedet werden.

In der Stadtbildkommission sind etwas weniger Geschäfte angefallen, aber dafür einige sehr wichtige. Es stehen noch grosse Bauvorhaben an und bei diesen wird die Stadtbildkommission gefordert sein (Zeughausareal, Gerichtsareal, Areal am Aabach).

Die gestellten Fragen wurden offen und detailliert beantwortet. Es kann festgehalten werden, dass das Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung gut geführt wird.

GF Koordination Bildung

Für die KBK referiert Anita **Borer** (SVP): *Die Fragen der Subkommissionsmitglieder wurden am 1. Juni 2015 an einer gemeinsamen Sitzung mit der Primarschulpflege beantwortet.*

Das Geschäftsfeld Koordination Bildung schliesst mit einem Globalkredit von CHF 2.43 Mio. und damit um CHF 187'000 schlechter als budgetiert und mit Mehrausgaben von CHF 174'000 gegenüber dem Vorjahr ab.

Die Mehrkosten wurden folgendermassen erklärt: CHF 90T wurden für externe Aushilfen infolge Krankheitsausfalls ausgegeben; für erkrankten MA wurden Versicherungsleistungen in der Höhe von CHF 20'167.00 ausbezahlt. CHF 64T wurden für Ferien/Überzeit von 7 Mitarbeitern ausgerichtet. Bezugnehmend auf die Ausfälle wurde nach der Belastung des Personals nachgefragt. Dazu wurde ausgeführt, dass Fluktuationen teils Folgen von erhöhter Belastung waren und die Abgänge zu weiteren Belastungen im Team führten. Für Neuanstellungen wurden CHF 62T ausgegeben.

Bei der Musikschule Uster-Greifensee (MSUG) fiel eine Position auf: Anzahl subventionierte Unterrichtsstunden stimmen mit budgetierter Zahl überein, obwohl Globalkredit für MSUG nicht voll ausgeschöpft wurde. Als Grund wurde ausgeführt, dass die PSU irrtümlich die Instrumentalkosten zusätzlich budgetiert hat. Dies kann erst im Budget 2016 korrigiert werden.

Die Rechnung des GF Koordination Bildung wurde von der KBK einstimmig genehmigt.

GF Sicherheit

Für die KÖS referiert Giuseppe **Biacchi** (SVP): *Die Prüfung hat ergeben dass sich das GF Sicherheit an die Budgetvorgaben gehalten hat. Die stichprobeweise Überprüfung der Rechnungsbelege zeigt, dass diese korrekt visiert und kontiert wurden. Die gestellten Fragen wurden sehr schnell und zur vollen Zufriedenheit beantwortet. Der Globalkredit GF Sicherheit konnte nicht eingehalten werden, weil sich die Umsetzung der Parkgebührenverordnung verzögerte. Der LG Stadtpolizei fehlen dadurch CHF 600'000 budgetierte Parkgebühren. Die nicht realisierten Parkplatz Gebühreneinnahmen wurden durch die Stadtpolizei indessen mit einer massiven Reduktion des Personal- und Sachaufwandes teilweise kompensiert. Der Globalkredit wurde um 11,3% überschritten.*

GF Publikumsdienste

Für die KÖS referiert Giuseppe **Biacchi**: *Die Rechnungsbelege GF Publikumsdienst wurden stichprobeweise überprüft; sie waren visiert und korrekt verbucht. Die gestellten Fragen wurden speditiv bearbeitet und zur Zufriedenheit beantwortet. Der Globalkredit wurde um 0,7% nicht ausgeschöpft.*

GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) referiert Daniel **Pellegrini** (FDP): *Die Subkommission der Kommission Gesundheit und Soziales traf sich für die Besprechung der Rechnung 2014 des Geschäftsfeldes Soziale Sicherheit, Kapitel M im Jahresbericht, mit der Stadträtin Barbara Thalman und dem Abteilungsleiter Soziales Armin Manser. Alle Fragen der Kommission wurden an dieser Sitzung beantwortet.*

Der Globalkredit des GF Soziale Sicherheit hat seit 2007 um über 30 % zugenommen. Zum einen ist der Aufwand für die KESB Uster seit 2013 schuld und zum anderen die Steigerung der Anzahl an Empfängern von Zusatzleistungen.

Mit einem Ergebnis von TCHF 12'990 wurde der Globalkredit um TCHF 693 oder 5.1 % unterschritten.

LG Sozialversicherung

Im Bereich der Zusatzleistungen für AHV-Bezüger ist wider Erwarten keine weitere Erhöhung der Fallzahlen eingetreten. Die Bruttokosten liegen 235 000 Franken tiefer als budgetiert. So hat sich auch die Anzahl der Invaliden mit Anspruch auf Zusatzleistungen erstmals seit vielen Jahren nicht erhöht. Darum sind die Bruttokosten um rund 330 000 Franken tiefer als budgetiert.

LG Familienergänzende Betreuung (FEB)

2014 wurden 15 neue Krippenplätze in den FEB-Einrichtungen geschaffen. Insgesamt beläuft sich die Zunahme der Plätze auf 90. Der Anteil der Eltern an den Gesamtkosten liegt weiter bei hohen 71.8 % oder fast 20 % über den budgetierten 51%.

LG Kindes- und Erwachsenenschutz

Die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) hat 500 Entscheide mehr getroffen als 2013. 2014 ist das erste volle operative Jahr der KESB. Um 20% zurückgegangen sind die Kinderschutzmassnahmen. Die erbrachten Leistungen für die Anschlussgemeinden sind kostendeckend inklusive des Aufwands der Gesamtverwaltung.

Im Übrigen gab die Wirkungsüberprüfung der LG KESB zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass. Die KSG empfiehlt den Jahresbericht 2014 für das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit einstimmig zur Annahme.

GF Gesundheit

Für die KSG und für die RPK referiert Jürg **Gösken** (Grünliberale): *Im Geschäftsfeld Gesundheit schliesst die Jahresrechnung mit Aufwänden von 514 TCHF nahe unter dem Globalkredit von 529 TCHF ab. Von den Investitionen konnten nur 155 TCHF von bewilligten 580 TCHF realisiert werden, da das Projekt Gesamtsanierung Dammstrasse nicht im 2014 angegangen werden konnte.*

Die Leistungsgruppe Abfall und Umwelt wird komplett über die Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung abgerechnet. Diese schliesst bei Aufwänden von total 3'062 TCHF mit einem leichten Defizit von 46 TCHF ab.

Bemerkenswert sind hier rückläufige Gebühreneinnahmen trotz steigender Einwohnerzahl. Die Recyclingquote (Wiederverwertungsquote) konnte auf fast 55 % gesteigert werden und die Menge Abfall pro Einwohner konnte auf 201 kg weiter gesenkt werden.

Auch das Projekt Mehrwegbecher hätte zur leichten Senkung beitragen können, wurde jedoch nicht wie vorgesehen am Uster Markt 2014 eingeführt. Stattdessen sollen die Mehrwegbecher nun auf freiwilliger Basis bei verschiedenen Anlässen vermehrt zum Einsatz kommen.

Die Leistungsgruppe Lebensmittelkontrolle wurde auf die Erfordernisse der neuen Lebensmittelgesetzgebung umgestellt, sowie hatte einen erfolgreichen Versuch mit der Zusammenarbeit mit der Lebensmittelkontrolle von Zürich-Affoltern absolviert, weshalb die Zusammenarbeit fortgeführt wird.

Im Abschluss befinden sich dagegen die Arbeiten am Silberlabel „Gesundheitsstadt“, bzw. das Audit dazu läuft bereits. Wie bereits beim Voranschlag 2015 in Aussicht gestellt, soll die Situation auf Ende 2015 neu bewertet werden. Dies kann dann in einem Abschlussbericht zu den erzielten Ergebnissen und Bewertungen geschehen, sowie die Fortführung der Label-Trägerschaft betreffen.

Die KSG und auch die RPK haben den NPM-Jahresbericht 2014 des Geschäftsfeldes Gesundheit einstimmig angenommen und empfehlen dem Gemeinderat die Genehmigung.

GF Betreutes Wohnen

Für die KSG referiert Ali **Özcan** (SP):

GF Betreutes Wohnen (Seiten 01-04)

Einleitung (01)

GF Betreutes Wohnen

Im Mai 2014 hat die Fachstelle Alter ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Name des Geschäftsfeldes Betreutes Wohnen wurde per 1.6.14 geändert. Neuer Name: Pflege, Betreuung und Alter.

LG Heime Uster

Dank der geschulten Berufsbildner wurden die Grundlagen für die berufsbegleitende HF-Ausbildung geschaffen. Einführung Projekt elektronische Pflegedokumentation in den Heimen Uster hat planmässig begonnen.

LG Spitex

Alle Vorgaben der Pflegefinanzierung sind umgesetzt und funktionieren. Auch die Anpassungen für den nationalen Datenpool sind im Abklärungsinstrument. RAI-HC erfolgt, ein ganzheitliches Beurteilungsinstrument. Damit wird eruiert und festgehalten, was der Bedarf an Pflege etc. ist. Wegen des betrieblichen Wachstums sind an der Winterthurerstrasse 18b zusätzliche Räume bezogen worden. Zwei Pflegegruppen werden von dort aus organisiert.

GF GF Betreutes Wohnen

Die Fachstelle Alter wurde 2014 erst teilzeitig besetzt. Seit 1. Januar 2015 ist sie zu 100% besetzt.

Heime Uster

Mehreinnahmen durch höhere Bettenauslastung (97.2 % statt der bugetierten 95.9 %). Tiefere Pflegeeinnahmen aufgrund kantonaler nach unten angepasster Taxvorgaben.

Spitex

Trotz weiterer Nachfragesteigerung konnte dank internen Optimierungen ein höheres Defizit vermieden werden.

GF-Personal (O2)

Heime Uster und Spitex

Der Stellenplan Pflege in den Heimen bzw. Dienstleistung bei der Spitex ist variabel in Bezug auf den Pflegebedarf, Leistungsnachfrage und Leistungserfassung. Bei den Heimen wurden 5.4 Stellen weniger und bei der Spitex 4 Stellen mehr benötigt als budgetiert. Ab September 2014 ist in der Spitex eine 80% Stelle mit Führungsverantwortung geschaffen worden(bis Ende 2014 vorerst befristet, ab 2015 definitiv).

GF-Investitionsplanung (O2)

LG Heime Uster

Es konnte ein höherer Anteil an Erneuerungsbedarf mittels Reparaturen realisiert werden, die innerhalb des Globalbudget abgerechnet wurden. Damit verminderte sich der Bedarf an Neuanschaffungen über die Investitionsrechnung.

GF -Heime Stadt Uster (O3)

Indikatoren

Der Kostendeckungsgrad der Betriebskosten ist etwas tiefer., aber immer bei guten 101.4 %, was abhängig von den Strukturkosten ist.

Der Anteil der zufriedenen Bewohner in der Bewohnerbefragung ist auf einem erfreulichen Stand von 99.3 %, dies ist ein Plus von 4.3 %.

Der Umsatz der Restaurants ist leicht tiefer und auf Vorjahresniveau, es wurde zu optimistisch budgetiert.

Die Ausbildungs- und Praktikumsplätze sind mit 63 Plätze auf gutem Niveau.

LG-Spitex (O4)

Indikatoren

Eine genaue Anzahl der Klient/innen die pflegerische und betreuerische Leistungen beanspruchen voraussichtlich ist schwierig. Es wurden 56 Personen weniger betreut als budgetiert war. Hingegen fielen die Anzahl Besuche und die verrechneten Pflegestunden pro Klient/innen im Durchschnitt deutlich höher aus als erwartet.

Kennzahlen

Der Spitex-Shop ist mit einem Kostendeckungsgrad von 66% auf sehr gutem Niveau. Die Ausbildungs- und Praktikumsplätze sind auch gut besetzt und über Vorjahresniveau.

Globalkredit, GF inkl. Beiträge Spitäler, Heime, Spitex

Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit CHF 8'472'000 ausgeschöpft, das sind CHF 393'000 weniger als budgetiert.

Wir beantragen der Kommission Soziales und Gesundheit den Bericht und die Rechnung 2014 des Geschäftsfeldes Betreutes Wohnen dem Gemeinderat zur Abnahme zu empfehlen.

GF Sport

Für die KBK referiert Gabriela **Seiler** (SVP): *Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2014 mit einem Aufwand von Fr. 2.793 Mio. und somit Fr. 84'000 oder 3.1% über dem Globalbudget 2014 ab.*

Die Budgetüberschreibung ist in der LG Bäder zu suchen und zu finden. Während in dieser Leistungsgruppe das Budget mit total Fr. 294'000 überschritten wurde, wurden die Budget der übrigen Leistungsgruppen nicht ausgeschöpft, sodass über das gesamte Geschäftsfeld eine Budgetüberschreitung von Fr. 84'000 resultiert.

Als Hauptgründe für die Budgetüberschreitung in der LG Bäder werden die geringeren Eintrittsfrequenzen sowie die im Hallenbad nicht vollzogene Preiserhöhung erwähnt (im Dorf- und Strandbad wurden die Eintrittspreise per Saisonstart 2014 erhöht; für Erwachsene von Fr. 4.- auf Fr. 5., für Kinder von Fr. 2.- auf Fr. 2.50), ebenso mussten im Hallenbad trotz der anstehenden Umbauten und Erweiterung zusätzlich und nicht budgetierte Aufwendungen für die Sanierung der Aktivkohlefilteranlage in Kauf genommen werden.

Bezüglich Sanierungen Hallenbad sind dem Bericht auch Kosten im Bereich Ersatz Elektrosteuer-schranke und Sanierung der Unisan-Leitung aufgeführt. Wie bereits anlässlich der Budgetsitzung wurde uns nochmals versichert, dass diese Investitionen durch die anstehende Hallenbadsanierung nicht verloren sind.

Werden die tieferen Besucherzahlen im Strandbad und Dorfbad mit dem schlechten Sommer allgemein begründet, geht man bei den tieferen Einritten im Hallenbad davon aus, dass dies zum Teil mit dem temporären Eisfeld des Tennisclubs zu tun hat, da man sportliche Wasseraktivitäten von der Schwimmhalle aufs Eis verlegt hat.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Zahlen aus der Investitionsplanung:

Das nicht ausgeschöpfte Budget ist in erster Linie durch Verschiebungen von Projekten zu erklären. Die Ersatz Garderoben Heusser Staub sind ja bekanntlich zwischenzeitlich realisiert und wurden an Auffahrt offiziell eröffnet, auch für das Duschproblem gibt es übrigens Lösungsansätze. 2014 wurden bezüglich Hallenbad rund Fr. 1.7 Mio. ausgegeben, dabei handelt es sich in erster Linie um Planungsleistungen.

Das Geschäftsfeld gab in der Sachkommission keinen Anlass für grössere Diskussionen und wurde einstimmig gutgeheissen.

6.4. Geschäftsbericht Sozialbehörde

GF Sozialhilfe

Für die KSG referiert Walter **Strucken** (SP): *Der Globalkredit für dieses Geschäftsfeld wurde mit CHF 10'335'000 ausgeschöpft, also CHF 1'031'000 mehr als budgetiert.*

Es waren vor allem die Kleinkinderbetreuungsbeiträge, welche diese Mehrausgaben zu mehr der Hälfte verursachten. Zwar hat der Regierungsrat die Berechnungsgrundlagen geändert und auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Diese bewirken, dass bedeutend weniger Eltern Anspruch auf diese Leistungen haben. Diese Änderung wirkte sich aber für die bestehenden Fälle erst auf den 1. Oktober 2014 aus.

Die bei der Sozialberatung ausgewiesenen Mehrkosten betreffen zur Hauptsache nicht höhere Ausgaben für die Sozialhilfe sondern entstanden durch die Anschaffung eines neuen Klientendatenbewirtschaftungsprogramms, welches übrigens, da über CHF 100'000, über die Investitionsrechnung hätte abgewickelt werden können. Dazu kamen die erheblichen personellen Mehrkosten wegen eines langen krankheitsbedingten Ausfalls.

Erfreulich festzustellen war, dass die Quote der abgeschlossenen Fälle um 25% gesteigert wurde (127 statt 100) Der Hauptgrund für die Ablösung der Fälle ist mit 38 % immer noch die Aufnahme der Erwerbstätigkeit.

Beim Asyl- und Flüchtlingswesen nehmen die Zahl der Personen mit vorläufiger Aufnahme zu, was dazu führt, dass für diese Personen keine Pauschalen des Kantons für die Betreuung mehr bezahlt werden, aber Uster nach wie vor den fast gleichen Aufwand für sie hat wie für die übrigen Flüchtlinge. Das führt zu einer Mehrbelastung von Uster in diesem Bereich, konkret für 2014 CHF 236'000.

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat dem Geschäftsfeld am 1. Juni 2015 einstimmig zugestimmt.

6.5. Geschäftsbericht Primarschulpflege

GF Primarschule

Für die KBK referiert Anita **Borer** (SVP): *Die Fragen der Subkommissionsmitglieder wurden am 1. Juni 2015 an einer gemeinsamen Sitzung mit der Primarschulpflege beantwortet. Das Geschäftsfeld Primarschule schliesst mit einem Globalkredit von CHF 35.12 Mio. und damit um CHF 1.45 Mio. besser als budgetiert ab. Grund dafür ist insbesondere die Verschiebung der Einführung der Tagesschule. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben um CHF 514'000.*

Allgemein wurde gefragt, wie der Übergang des Schwimmunterrichts während des Hallenbad-Umbaus gestaltet wird.

Die Primarschulpflege regelt es so, dass nur Zweitklässler vierzehntäglich Schwimmunterricht erhalten; dafür hat die PSU Stunden in umliegenden Lehrschwimmbekken dazu gemietet (Greifensee, Egg, Aathal).

Die ausfallenden Schwimmstunden würden durch Sportstunden ersetzt; dazu sei die Turnhalle der VZK technisch aufgerüstet worden.

Der Kostenanstieg bei der Leitung Primarschule führte weiter zu Rückfragen. Dieser sei gemäss PSU auf folgende Mehraufwendungen zurückzuführen: Rechtsberatungen CHF 22'000, Konfliktmanagement CHF 19'000, Schulraumstrategie CHF 35'000, Amok-Konzept CHF 3'000 und Bildungswochenende der Primarschulpflege CHF 8'000.

LG Regelunterricht

Zum Anstieg Lektionen DAZ-Aufbauunterricht wurde ausgeführt, dass mehr Schüler zu erhöhter Nachfrage führen würden. Pensa der bestehenden Lehrpersonen seien erhöht, teilweise zusätzliches Personal eingestellt worden.

Die Subkommission erkundigte sich ebenfalls nach den Kriterien für die Zuteilung des DAZ-Unterrichts und wie das Budget eingehalten werden könne. Die Primarschulpflege führte aus, dass aus dem Ausland zuziehende Kinder dem DAZ-Anfangsunterricht zugeteilt würden und später DAZ-Aufbauunterricht erhielten. Die Überprüfung erfolge durch Sprachstandserfassungen. Der Anspruch auf DAZ-Unterricht sei in der Regel auf drei Jahre beschränkt.

LG Tagesstrukturen

Im Zusammenhang mit der Tagesschule wurden neue Indikatoren/Kennzahlen gewünscht. Dem Anliegen wird im Rahmen der Wirkungs-/Leistungsziele Rechnung getragen.

Auf die Frage, ob wie angekündigt eine Verschiebung von Anmeldungen von den Tagesstrukturen zur Tagesschule geschieht und wie dies logistisch gemanagt wird, erklärte die Primarschulpräsidentin, dass mit einer jährlichen Zunahme der Anmeldungen von 8% gerechnet würde. Durch die Tagesschule ist das Wachstum bei den Tagesstrukturen evtl. etwas geringer. Logistisch funktioniere es bisher gut.

LG Sonderpädagogische Angebote

Die Time-Out-Schule wurde im Schuljahr 2014/15 von einem Kind der Primarschule Uster genutzt. Gemäss Primarschulpflege seien damit positive Erfahrungen gemacht worden.

Die B&U-Angebote sind in den letzten Jahren wenig genutzt worden. Aufgrund neuer Vorgaben des Volksschulamtes wurde jedoch die Vorgehensweise überprüft, wodurch B&U-Angebote nun wieder vermehrt eingesetzt würden.

Das Verhältnis von integrativ und separativ geschulten Sonderschülerinnen/Sonderschüler gestaltet sich folgendermassen:

Integrierte Sonderschulung Schuljahr 2013/14: 80 Schülerinnen und Schüler (inkl. KZS und B&U); Separative Sonderschulung Schuljahr 2013/14: 40 Schülerinnen und Schüler.

LG Heilpädagogische Schule Uster

Die HPSU soll innerhalb des Bezirks Uster neu positioniert werden. Dazu läuft ab Schuljahrbeginn 2014/2015 ein Organisationsprojekt mit dem Ziel, das Angebot auf die veränderten Bedürfnisse im Bezirk auszurichten. Bis Ende 2015 soll die Überprüfung abgeschlossen und die Ergebnisse kommuniziert werden.

Es ist davon auszugehen, dass mit dem Sinken der Schülerzahlen die Vollkosten je Schüler steigen, weil die Fixkosten auf immer weniger Schülerinnen und Schüler verteilt werden können; so ergibt sich auch mehr Personal pro Schüler.

Die Rechnung des GF Primarschule wurde von der Kommission für Bildung und Kultur (KBK) einstimmig genehmigt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über den Antrag 22/2015 (NPM-Jahresbericht)

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33:0 Stimmen:

- 1. Die Einleitung zum NPM-Jahresbericht 2014 sowie die NPM-Berichte der einzelnen Geschäftsfelder werden genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

Abstimmung über den Antrag 24/2015 (Jahresrechnung 2014)

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33:0 Stimmen:

- 1. Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwand von CHF 233'021.073.07 und Ertrag von CHF 231'195.693.86 und einem Aufwandüberschuss von CHF 1'825'379.21 ab.**
- 2. Die Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen zeigt bei Ausgaben von CHF 18'186'321.24 und Einnahmen von CHF 822'194.85 Nettoinvestitionen von CHF 17'364'126.39.**
- 3. Die Investitionsrechnung Finanzvermögen weist bei Ausgaben von CHF 983'984.55 und Einnahmen von CHF 912'500.00 eine Nettoveränderung von CHF 71'484.55 aus.**
- 4. Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von CHF 263'915'954.49 aus. Das Eigenkapital sinkt um den Aufwandüberschuss von CHF 1'825.379.21 auf CHF 136'144'193.24.**
- 5. Die Jahresrechnung 2014 der Stadt Uster wird gemäss Antrag Nr. 24 vom 24. März 2015 des Stadtrates genehmigt.**
- 6. Mitteilung an den Stadtrat und den Bezirksrat.**

Der Umtrunk wurde von der Bar und Restaurant zum Hut geliefert.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 31. August 2015 statt.

Für das Protokoll

Der Parlamentssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident
Thomas Wüthrich

Datum

Die Stimmenzähler

Jürg Gösken

Bruno Modolo

Richard Sägesser